

PRESSEINFORMATION

Berlin, den 12. März 2004

Ein Relikt der 60er Jahre Die Gemeinschaftsaufgaben gehören abgeschafft

Bei der gestrigen Anhörung der Föderalismus-Kommission zeichnete sich kein Konsens bei der Frage der Gemeinschaftsaufgaben ab. Die Stiftung Marktwirtschaft fordert deren Abschaffung. „Denn die Gemeinschaftsaufgaben sind ein umständliches und bürokratisches Instrument, das von dem Gedanken der Wirtschaftsplanung be-seelt ist.“, so der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, Dr. habil. Lüder Gerken. Notwendig sei die Abschaffung von Gemeinschaftsaufgaben und eine Übertragung der Finanzmittel an die Länder.

Die von Bundestag und Bundesrat gemeinsam einberufene Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung hat auch die Aufgabe, das Instrument der Gemeinschaftsaufgaben zu überprüfen. Dieses wurde 1969 im Zuge der Großen Finanzreform in Art. 91 a, b GG eingeführt. Bund und Länder entscheiden danach gemeinsam über den Hochschulbau und über die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, der Agrarstruktur und des Küstenschutzes sowie über Bildungsplanung und Forschung.

„Die Gemeinschaftsaufgaben sind Ausdruck des Glaubens an die wirtschaftliche Planung“, so Lüder Gerken. Der Planungsoptimismus der 60er Jahre sei allerdings mittlerweile überholt. Es sei nicht einzusehen, warum der Bund und die Länder zusammen eine Aufgabe wahrnehmen sollen, die dem Schutz der niedersächsischen Küste diene. „Dann könnte man ja auch den Lawinenschutz in den bayerischen Alpen und den Schutz der sorbischen Sprache in Sachsen und Brandenburg zu einer Gemeinschaftsaufgabe machen“, so der Stiftungsvorstand.

Gerken mahnte statt dessen die Auflösung der Gemeinschaftsaufgaben und Rückübertragung der Verantwortung auf die Länder an: „Dort gehört sie hin.“ Gleichzeitig müßten die Länder in den Stand versetzt werden, die bisher gemeinsam übernommenen Aufgaben in eigener Verantwortung fortzuführen. Zu diesem Zweck müsse der Bund seinen Finanzierungsanteil über zusätzliche Bundesergänzungszuweisungen oder über Umsatzsteueranteile an die Länder abtreten. Nur so könne das Ziel erreicht werden, die Politikverflechtung in Deutschland aufzulösen.

„Die Eigenständigkeit der Länder muß als Chance begriffen werden, die anstehenden Herausforderungen der Zukunft zu meistern“, so Gerken. Dies dürfe auch nicht vor dem Bereich der Bildungsplanung haltmachen. Gerade die vielzitierte Pisa-Studie habe auf diesem Feld deutlich gemacht, daß die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung von Bund und Ländern kein Garant für Qualität sei. Gerken fordert mehr Autonomie für die Länder: „Denn erst sie ermöglicht es, innovative Lösungsansätze zu wählen.“ (64 Zeilen à 40 Zeichen)

Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Katrin Schnettler
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 206057-33
Fax: (030) 206057-57
E-Mail: schnettler@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de